

# Beamtinnen/Beamte und Angestellte in Forst und Naturschutz



**Landesvertretung Hessen**  
der Beamtinnen/Beamten und  
Angestellten in Forst und Naturschutz  
[www.lv-forst-hessen.igbau.de](http://www.lv-forst-hessen.igbau.de)  
Vorsitzende **Claudia Mävers**

Neugarten 4, 35315 Homberg (Ohm)  
Tel.: 06633-642102  
mail:  
[Claudia.maevers@forst.hessen.de](mailto:Claudia.maevers@forst.hessen.de)  
[igbau\\_maevers@gmx.de](mailto:igbau_maevers@gmx.de)

30.09.2018

## Forderungen zu Wald- und Naturschutzpolitik in Hessen

### Stellungnahmen der Parteien

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 28. Oktober wird der Hessische Landtag gewählt. Damit stehen – neben vielen anderen Themen – auch die unterschiedlichen Konzepte der Wald- und Umweltpolitik zur Wahl. Damit man sich ein Bild von den Aussagen der Parteien vor der Wahl machen kann, haben wir hier ihre Aussagen als Wahlinformation zusammengestellt.

Im Frühjahr 2018 hatte die IG B.A.U. allen im hessischen Landtag vertretenen Parteien ihre Forderungen zur hessischen Wald- und Naturschutzpolitik geschickt, verbunden mit der Bitte zu Gesprächen und einer schriftlichen Stellungnahme. Der vollständige Text des Forderungspapiers findet sich auf unserer homepage: [www.lv-forst-hessen.de](http://www.lv-forst-hessen.de)

Im Folgenden drucken wir die Stellungnahmen der Parteien in der Reihenfolge ihres Eingangs ab. Die CDU ist weder auf unseren Gesprächswunsch eingegangen, noch haben wir eine Stellungnahme erhalten.

Der AfD haben wir nach einer internen Diskussion im Landesvorstand unsere Forderungen nicht geschickt, weil sie einerseits nicht im Landtag vertreten ist und wir ihnen andererseits als Partei, die zentralen Vorstellungen unserer Gewerkschaft diametral entgegensteht, kein Forum bieten wollen. Damit man sich ein Bild von der Auseinandersetzung um diese Frage machen kann,

**drucken wir im Anschluss an die Gegenüberstellung die dazu eingegangenen Argumente der Kolleginnen und Kollegen ab.**

## **1. Wald, allgemeine Ziele**

### **GRÜNE:**

Für uns GRÜNE ist der Wald kein „Holzlager“, denn er erfüllt vielfältige wichtige Funktionen. Er ist Lebensraum für viele Pflanzen- und Tierarten, sorgt für saubere Luft und übernimmt positive Funktionen in den Bereichen Klimaschutz, Bodenschutz sowie Grund- und Bodenwasser. Auch die Erholungsfunktion für uns Menschen ist ein bedeutender Faktor. Wir begrüßen und unterstützen die Überarbeitung der RiBeS zu einer Richtlinie mit stärkerer Gewichtung der Schutzfunktionen ausdrücklich.

„Dem Landesbetrieb HessenForst als Bewirtschafter des Staatswaldes werden ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt um alle übertragenen Aufgaben erfüllen zu können.“ Diesem Punkt stimmen wir GRÜNE zu. Deshalb hatte unsere Fraktion bei den Haushaltsberatungen einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt, der zu einem Vermerk im Landeshaushaltsplan 2018/19 mit folgendem Wortlaut geführt hat: „Für die mit der Flächenstilllegung einhergehenden Mindererlöse soll der Landesbetrieb Hessen-Forst ab dem Haushaltsjahr 2020 einen finanziellen Ausgleich aus dem Landeshaushalt in Höhe von 2,2 Millionen Euro erhalten.“ Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass das Land auf den Konsolidierungsbeitrag von HessenForst an den Landeshaushalt in Höhe von 10 Mio. Euro pro Jahr im Doppelhaushalt 2018/19 verzichtet. Dies ist im Doppelhaushalt berücksichtigt.

Zudem wurden bereits in den vergangenen Jahren 1,3 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt, um die fehlenden Einnahmen aus dem Holzverkauf für die ausgewiesenen Kernflächen auszugleichen. Diese Mittel sind nach unserer Auffassung gut eingesetzt, denn sie sind ein wichtiger Beitrag für den Erhalt unserer Wälder.

Die Beschäftigten von HessenForst leisten gute Arbeit. Um die gute Arbeit im Wald fortzusetzen, benötigen wir entsprechend motiviertes und gut aufgestelltes Personal. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen kontinuierlich verbessert werden. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass bei der Bewirtschaftung des Staatswaldes ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele gleichrangig verfolgt werden. Die Arbeitskapazitätsplanung soll sich – insbesondere nach den im Rahmen der Forststrukturreformen 1999 und 2004 bereits erbrachten Einsparungen – nicht mehr an den pauschalen Einsparvorgaben, sondern an Personalbedarfsanalysen orientieren. Dafür wurde ein Grundstein mit dem Personalkonzept HessenForst 2025 gelegt, an dem wir weiterhin festhalten.

### **FDP**

Hessen ist das walddreichste Bundesland. Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der nachhaltigen Forstwirtschaft mit ihren vielfältigen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung sichern. Der hessische Wald wird bereits seit Jahrhunderten nachhaltig und naturnah bewirtschaftet und leistet damit einen verantwortungsvollen Beitrag zum Gemeinwohl. Wir wollen diese nachhaltige Bewirtschaftung



weiter fortsetzen. Wir sehen dabei die Nutzfunktionen nicht überbetont und sehen den Rohstoff Holz als wichtige heimische Ressource an.

Dabei versteht es sich von selbst, dass dem Landesbetrieb Hessen Forst ausreichende Mittel zur Bewirtschaftung zur Verfügung stehen und sich die Personalstärke am Aufgabenspektrum orientieren muss. Eine Aufgabenanalyse mit dem Ziel möglicher Entlastungen sollte im Rahmen der Neuordnung durchgeführt werden, die durch die Kartellrechtsanpassung ohnehin erfolgen muss.

## **LINKE**

Die von Ihnen erbetene Rückmeldung zu ihren wald- und naturschutzpolitischen Forderungen fällt überaus positiv aus. Es gibt keine Forderung die wir ablehnen, im Gegenteil. Der überwiegenden Mehrheit Ihrer Forderung stimmen wir vorbehaltlos zu, eine große Anzahl der Forderungen ist seit Jahren bereits Teil unser politischen Programmatik und Praxis.

Aus unserem Wahlprogramm 2018:

*„Eine starke betriebswirtschaftliche Orientierung des Waldbaus, die ökologische Leistungen der Wälder und ihre Erholungsfunktion für uns Menschen ignoriert, gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Auch bei steigenden Nutzungsansprüchen – Holz als neue Rohstoffquelle– muss die Waldwirtschaft nachhaltig bleiben. In der Forstverwaltung in Hessen werden immer noch Stellen abgebaut und Arbeiten an private Unternehmen vergeben. Die dem Landesbetrieb Hessen Forst übertragenen gesetzlichen Aufgaben im Bereich des Umweltlernens, sowie Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes, können nicht mehr adäquat wahrgenommen werden. Großen Investoren dürfen keine kurzfristigen Geschäfte auf Kosten einer nachhaltigen Forstwirtschaft ermöglicht werden. „*

## **2. Personal**

### **GRÜNE:**

Wir setzen uns dafür ein, dass Hessen-Forst als attraktiver Arbeitgeber weiter gestärkt wird. Dafür nehmen wir die Mitarbeiterbefragungen ernst und setzen insbesondere auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem wollen wir dafür Sorge tragen, dass das Land Hessen als Arbeitgeber Anzahl und Dauer seiner befristeten Beschäftigungsverhältnisse reduziert und seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern spätestens nach vierjähriger befristeter Beschäftigung unbefristete Arbeitsverhältnisse anbietet.

Wir wollen die Rückkehr zur 40-Stunden Woche vollenden und erreichen, dass Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt. Tarifabschlüsse wollen wir möglichst zeit- und wirkungsgleich auf Beamte übertragen. Das neu eingeführte Landesticket wollen wir nach dem Jahr 2018 weiter fortführen und uns mit den Gewerkschaften verständigen, wie dieser Vorteil des hessischen Tarifvertrags mit der Rückkehr in die Tarifgemeinschaft in Einklang gebracht werden kann. Und wir wollen prüfen, ob auch in Hessen das Modell aus Hamburg eingeführt werden könnte, nach dem Beamte wählen können, ob sie sich gesetzlich krankenversichern oder die staatliche Beihilfe in Anspruch nehmen wollen.

Nach unserer Auffassung ist es eine gute Lösung, wenn die Forstämter frei entscheiden können, ob sie Dienstfahrzeuge und Motorsägen gestellt bekommen wollen. Mittlerweile wird bei Hessen Forst mit einer



größflächigeren Ausstattung von Betriebsfahrzeugen für Forstmitarbeiter begonnen, was wir sehr begrüßen und weiter unterstützen.

Wir unterstützen die Maßnahmen im Rahmen des Personalkonzepts, mit denen sich Hessen Forst auf den Generationswechsel vorbereitet. Dabei müssen neben den Investitionen in den Betrieb, die Qualität und den Umfang der forstlichen Ausbildung auch eine aktive Personalentwicklung und Nachwuchsgewinnung betrieben werden.

## **FDP**

Bei der weiteren Personalentwicklung im Landesbetrieb HessenForst haben wir die beschriebenen Problemlagen, Sorgen und Nöte der Mitarbeiter verstanden. Wir brauchen bei der Neuaufstellung des Landesbetriebs im Rahmen der Kartellrechtsanpassung einen Neustart, der sowohl die Frage der Aufgaben des Landesbetriebs im Einzelnen klärt als auch feststellt, welche Aufgaben an Dritte vergeben werden können. In diesem Rahmen muss dann neben der Zahl der Mitarbeiter auch die Einstufung der Tätigkeiten neu justiert werden. Dumping Angebote bei der Vergabe an private Dritte müssen ausgeschlossen werden, damit Mittelständler eine Chance haben.

Wie man den Arbeitgeber HessenForst attraktiver macht, wollen wir prüfen. Insgesamt stellt sich das Land als Arbeitgeber in allen Bereichen dem Wettbewerb in einem zunehmend vom Fachkräftemangel geprägten Marktumfeld. Hier müssen wir an der Attraktivität insgesamt arbeiten. Vor allem auch im Hinblick auf die qualitativ hochwertige Ausbildung, die Hessen Forst liefert, wollen wir die jungen Mitarbeiter und Absolventen im Land halten.

## **LINKE**

In der Personalpolitik haben wir eine nahezu hundertprozentige Übereinstimmung. Seit der sogenannte „Operation sichere Zukunft“ der Regierung unter Roland Koch (2003), in deren Folge Hessenforst überproportional vom Stellenabbau betroffen ist und die Forstwirtschaft sehr stark an Wirtschaftlichkeitskriterien ausgerichtet wurde, arbeiten wir diesen Bestrebungen entgegen. Unsere Haushaltsanträge der letzten 10 Jahre für mehr Personal und mehr Ausbildungsplätze bei Hessenforst, unsere Forderungen in den Landtagswahlprogrammen zu den letzten drei Wahlen sowie unserer Tarifpolitik spiegeln dies wider. Auch haben wir immer klar gegen die Schließung von Forstämtern Stellung bezogen.

Die Aufgaben der Forstämter gehen weit über die Verwaltung des Forstes hinaus. Für die Menschen sind die Forstämter bei allen Fragen rund um den Wald erster Ansprechpartner. Darüber hinaus haben sie einen Bildungsauftrag, zahlreiche ökologische Themen zu vermitteln (Umweltbildung). Bei gegebener Belastung können sie dies nicht im gebotenen Umfang leisten.

## **SPD**

Die SPD in Hessen setzt sich für einen gesunden Wald ein, der für alle da ist. Das kann nur gelingen, wenn wir unsrem Wald ausreichend erstklassiges Personal zur Seite stellen. 2001, als das klassische Forstamt in den Landesbetrieb Hessen-Forst umgewandelt wurde, konnten wir auf über 3.200 meist selbst



ausgebildete, eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen. Seither hat die CDU-geführte Landesregierung in mehreren Phasen immer wieder Stellen gestrichen und plant auch in Zukunft Personaleinsparungen bei Hessen-Forst.

Wir lehnen es auch ab, Forstreviere zusammenzulegen, während gleichzeitig immer neue Herausforderungen und Aufgaben auf Hessen-Forst zukommen. Auch wenn die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Landesregierung zäh waren, wollen wir die Vereinbarung „Personalentwicklung Hessen-Forst 2025“ erneut auf den Prüfstand stellen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die Einsparungen im Widerspruch zu den selbstgesteckten Zielen der schwarz-grünen Landesregierung. Unsere Forstleute waren und sind die Garanten für eine naturfreundliche und nachhaltige Forstwirtschaft, denn Naturschutz mit Augenmaß ist die beste Investition in unseren Wald.

Nicht zuletzt unter diesem Aspekt setzt sich die SPD dafür ein, Fremdvergaben einzudämmen und zudem dem Landesbetrieb Hessen-Forst die Möglichkeit zu geben, regionale Subunternehmer zu bevorzugen und langfristige Verträge abzuschließen. Dafür müssen wir auf EU-Ebene im Vergaberecht Überzeugungsarbeit leisten.

### **3. Forstamts- und Revierstrukturen**

#### **GRÜNE:**

Wir GRÜNE halten am Einheitsforstamt fest, denn in dieser Form ist es möglich, eine gute forstliche Arbeit gekoppelt mit den Anforderungen an den Naturschutz und die entsprechenden waldpädagogischen Leistungen und somit neben der Nutzfunktion die anderen Waldfunktionen (Schutzfunktion, Klimaschutzfunktion, Erholungsfunktion) zu gewährleisten. Die bisherige Organisation der Forstverwaltung in Hessen im Rahmen eines „Einheitsforstamtes“ hat sich über Jahrzehnte bewährt. In dieser Organisationsform haben sich die hessischen Wälder in den unterschiedlichen Forstbetrieben ökologisch und waldbaulich in einen hervorragenden Zustand entwickelt. Mit entscheidend dafür ist die einschlägig ausgerichtete professionelle Beratung und Betreuung durch die Einheitsforstämter und die erfolgreiche Kooperation mit den Waldbesitzern.

Wir GRÜNE haben uns mit dafür eingesetzt, dass die Trennung der Besitzarten durch den Neuzuschnitt beendet wird. Dazu hat die grüne Umweltministerin einen entsprechenden Erlass herausgegeben.

Das Kartellrechtsverfahren wird auch in Hessen zu Veränderungen führen. Die Arbeit der AG „Zukunft der Holzvermarktung in Hessen“ und die Einbindung aller Beteiligten finden wir sehr vorbildlich und wichtig und werden uns auch weiterhin für einen Dialog zur Lösungsfindung je nach Ausgang des Urteils einsetzen.

#### **FDP**

Wir teilen die Auffassung, dass weitere Strukturveränderungen erst dann Sinn machen, wenn klar ist, wie die Neuorganisation nach Umsetzung des Kartellrechtsurteils aussieht. Eine zu große Ausdehnung von Revieren sollte dabei vermieden werden, um eine adäquate Betreuungsintensität gewährleisten zu können.



## **LINKE**

Die Forderung nach einem Aussetzen der Umstrukturierung der Forstämter unterstützen wir.

## **SPD**

Wir sorgen uns zunehmend um den Landesbetrieb Hessen-Forst als Einheitsforstamt. Gründe hierfür sind sicherlich immer noch nicht abschließend geklärte kartellrechtliche Fragen. Aus unserer Sicht hat die Landesregierung die bewährte Holzvermarktungsstrategie vorschnell aufgegeben. Nun gilt es erneut mit dem Kartellamt in Verhandlungen zu treten und beispielsweise den Schwellenwert für die gemeinsame Vermarktung von Staatswald-Fichtenstammholz mit Kommunal- und Privatwald-Fichtenstammholz von 100 Hektar analog zu Baden-Württemberg auf 3.000 Hektar anzuheben.

Neben dem Holzverkauf ist der Schutz- und die Erholungsfunktion des Staatswaldes, aber auch des Kommunal- und Privatwaldes ein wesentlicher Bestandteil der Betreuung durch Hessen-Forst. Das will die SPD auch in Zukunft sicherstellen.

## **4. Nachhaltige, naturgemäße Forstwirtschaft**

### **GRÜNE:**

Ja, auch wir Grüne wollen die Entwicklung des Waldes zu einem vielstufigen Dauerwald. Die Grundlage hierfür wird aktuell in der Novellierung der RiBeS gelegt. Unserer Ansicht nach gehört dazu auch, eine Verlängerung der Umtriebszeit in Buchenwäldern durch maximale Ernte von 30 Prozent des Vorrats innerhalb von 10 Jahren.

In Hessen wird der Staatswald nach den Kriterien von PEFC sowie FSC bewirtschaftet. Die Zertifizierung nach FSC im Hessischen Staatswald wird aktuell bereits in 21 Forstämtern praktiziert und wir sind sehr froh, dass nach der 1. und 2. Tranche bis August dieses Jahres alle hessischen Forstämter zertifiziert werden sollen. Das entspricht einer Fläche von 305.000 Hektar. Damit schaffen wir eine nachhaltige Waldwirtschaft und faire Arbeitsbedingungen für die Forstangestellten. Zudem kann Hessen damit bald den zweitgrößten Anteil an FSC-Wald in Deutschland nach Baden-Württemberg vorweisen. Für dieses Ziel haben wir GRÜNE hart gekämpft und mussten uns vielen Auseinandersetzungen im Hessischen Landtag stellen.

Wir GRÜNE haben HessenForst in der Landesbetriebskommission dazu aufgefordert, Mitglied bei FSC Deutschland zu werden und im Rahmen dieser Mitgliedschaft eine aktive Gremienbeteiligung sicherzustellen.

### **FDP**

Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der nachhaltigen Forstwirtschaft mit ihren vielfältigen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung sichern. Der hessische Wald wird bereits seit Jahrhunderten nachhaltig und naturnah bewirtschaftet und leistet damit einen verantwortungsvollen Beitrag zum Gemeinwohl.



Die Landesregierung hat nahezu alle Bestände von Hessen Forst nach FSC zertifizieren lassen. Wir werden dem Landesbetrieb Hessen Forst künftig, im Rahmen ökologischer und ökonomischer Grundsätze, die Freiheit geben, neu zu entscheiden, welches Forstrevier nach FSC oder Alternativen zertifiziert wird. Ideologische Grabenkämpfe, die durch die zwanghafte FSC-Zertifizierung des Staatswaldes entstanden sind, wollen wir beenden.

## **LINKE**

Wie wichtig der Wald in Hessen alleine für unsere Trinkwasserversorgung ist, sollte in diesem Sommer auch dem letzten Zweifler klar geworden sein. Wir unterstützen alle Forderungen zur Nachhaltigkeit, Naturschutz und nachhaltigem Wirtschaften der IG Bau.

## **SPD**

Die Waldbewirtschaftung nach Kriterien des Gütesiegels für nachhaltige Forstwirtschaft muss Mindeststandard werden. In der SPD-Landtagsfraktion haben wir sehr ausführlich über die FSC-Zertifizierung diskutiert. Als einzige Fraktion im Hessischen Landtag haben wir eine Anhörung zu den ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Zertifizierung des Waldes in Hessen nach FSC-Standard durchgeführt. Dabei ist klar, dass die Frage des Siegels Probleme, die sich die schwarz-grüne Landesregierung selbst auferlegt hat, nicht löst. Die Kontrolle der Standards ist notwendig, eine Selbstverpflichtung alleine ist unwirksam. Allerdings müssen auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Wer nachhaltige Forstwirtschaft wirklich will, der muss den Personalabbau und die Vergrößerung der Reviere beenden. Das Gegenteil hat Schwarzgrün jedoch getan. Wir wollen den Einfluss des Landes in Zukunft nutzen, um den unfairen Wettbewerb in der Waldwirtschaft zu beenden. Ein Siegel darf nur dann vergeben werden, wenn auch alle Kriterien für die Zertifizierung erfüllt sind, dies muss jedoch gerade in Osteuropa eindeutig in Frage gestellt werden. Dieser unfaire Wettbewerb muss beendet werden. Unser Ziel ist es, nachhaltige Waldbewirtschaftung voranzutreiben und auch Kommunen und Privatwaldbesitzer dabei zu unterstützen, die Kriterien der Bewirtschaftung sozial und nachhaltig weiterzuentwickeln. Die Zertifizierung nach PEFC wollen wir ebenfalls beibehalten.

## **5. Naturschutz**

### **GRÜNE:**

Die Nationale Biodiversitätsstrategie sieht unter anderem einen Anteil von fünf Prozent ungenutzter Wälder in Deutschland vor. Das Land Hessen geht mit acht Prozent Staatswaldfläche (25.500 Hektar) vorbildlich voran. Unser Ziel ist es nun, fünf Prozent des gesamten hessischen Waldes aus der Nutzung zu nehmen und die nutzungsfreien Waldflächen als Naturschutzgebiete rechtlich dauerhaft zu sichern.

Wir haben zudem die Hessische Biodiversitätsstrategie so erweitert, dass alle Ressorts eingebunden sind und werden daran festhalten, dass die Ziele der Strategie umgesetzt werden. Dabei soll auch weiterhin auf die Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden und den gemeinsamen Dialog mit Land- und Forstwirtschaft gesetzt werden, wie dies von Umweltministerin Hinz in dieser Legislaturperiode begonnen



wurde. Gerade auch mit der Bewirtschaftung des Staatswaldes nach den FSC-Kriterien und mit der Ausweisung von Kernflächen trägt die hessische Forstwirtschaft mit zum Artenerhalt und zu mehr Artenvielfalt bei.

Wir GRÜNE sehen HessenForst und seine Beschäftigten auch als „Botschafter“ für Naturschutz, denn Naturschutz im Wald sollte einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft einnehmen. Die Waldpädagogik gehört untrennbar dazu. Die Waldpädagoginnen und Waldpädagogen von HessenForst leisten hier eine wichtige Aufgabe. Programme im Rahmen von Waldpädagogik und Umweltbildung für Kinder und Erwachsene wollen wir daher weiterhin stärken, und den guten Austausch mit den Akteuren in Naturschutzverbänden und der Naturschutzverwaltung befördern.

## **FDP**

Der integrative Naturschutz, den die FDP Hessen vertritt, setzt sich zum Ziel, nicht nur nachsorgend unsere natürliche Umwelt zu schützen, sondern präventiv und in dialogorientierter Zusammenarbeit mit der Bevölkerung unsere einzigartige Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten. Insofern teilen wir die Ziele der IG BAU und Hessen Forst und sind für die dort geleistete Arbeit sehr dankbar.

Naturschutz wird oft durch ausufernden Regelungswahn, kleinteilige Verordnungen und ausgeprägten staatlichen Dirigismus den Bürgerinnen und Bürgern aufgezwungen oder gar übergeordnet. Damit werden die Menschen ausgesperrt und können die Natur nicht mehr erleben. Um ein nachhaltiges Miteinander zwischen Naturschutz und dem Menschen zu gewährleisten, muss es Ziel sein, die Bedürfnisse der Menschen in Einklang mit der Natur zu bringen und sie als Nutzer ihrer natürlichen Umwelt einzubinden und diese auch erlebbar zu machen. Eine wirklich ausgewogene Abwägung der Belange des Naturschutzes in all seinen Facetten muss auch den Menschen als Teil der Natur in seinen Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigen.

## **LINKE**

Unserer Wälder leisten einen großen Beitrag zum Klimaschutz, sind aber zugleich durch den bereits eingetretenen Klimawandel in ihrer Artenzusammensetzung gefährdet. Einen weiteren Klimawandel zu verhindern, die Nutzung der Wälder an den Klimawandel anzupassen und die ökologischen Leitungen der Wälder zu sichern, sind die großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Diese zu meistern, bietet sich DIE LINKE in Hessen als Bündnispartner an.

## **6. Kommunal- und Privatwald**

### **GRÜNE:**

Wir stimmen zu, dass HessenForst sich weiterhin aktiv um die Betreuung des Nicht-Staatswaldes bemühen soll.

;





Selbstverständlich müssen bei Inanspruchnahme von Fördermitteln im Rahmen der Richtlinie für die forstliche Förderung in Hessen die Mindestanforderungen beachtet werden, wie z.B. Sozialversicherung, Unfallschutz, Mindestlohn.

## **FDP**

Wir Freie Demokraten wollen im Sinne eines Gemeinwohlausgleichs den Kleinprivatwald und die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse stärken, um die nachhaltige Bewirtschaftung, die häufig im Nebenerwerb durchgeführt wird, zu unterstützen. Voraussetzungen, die an die Förderung von Privat- und Kommunalwaldbesitzer geknüpft werden, dürfen nicht zu überbordende bürokratischen Hemmnissen werden. Deshalb sehen wir solche Anforderungen, die über die bestehenden gesetzlichen Anforderungen hinausgehen, eher kritisch (*gemeint ist die Forderung der IG B.A.U., in den Förderrichtlinien Mindestanforderungen an die Waldbesitzer als Arbeitgeber zu formulieren*).

## **7. Nachhaltiges Wirtschaften**

### **GRÜNE:**

Holz ist ein hervorragendes Naturprodukt und ein guter Rohstoff. Im Rahmen der Neugestaltung der Hessischen Bauordnung wurde daher das Bauen mit Holz vereinfacht.

Wir setzen uns für eine regionale Vermarktungsstrategie für heimisches FSC-Holz ein und haben es den Kommunen über das Vergabe- und Tariftreuegesetz erleichtert, dass ökologische, soziale und nachhaltige Kriterien berücksichtigt werden können.

Einem Einsatz von Hybrid- oder Elektrofahrzeugen als Dienstwagen stehen wir positiv gegenüber und werden dies für das Ziel einer CO<sub>2</sub>-neutralen Landesverwaltung auch weiter voranbringen. Dabei müssen zukünftig auch Erfahrungen für die notwendige Ladeinfrastruktur einbezogen werden.

Für mehr saubere E-Mobilität haben wir auch die Weichen in weiteren Bereichen gestellt: Das Land Hessen bietet künftig selbst Carsharing-Stellplätze an, ein bundesweit einzigartiges Modell. Damit das Mobilitätsmanagement von Betrieben und Behörden für die effiziente Nutzung von Fahrzeugen ebenfalls einen sinnvollen Beitrag leisten kann, werden Unternehmen mit Unterstützung des Landes von der IVM GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement) beraten, wie sie ihr Mobilitätsmanagement verbessern und damit individuelle Kosten sparen können.

## **FDP**

Wir Freie Demokraten unterstützen die Nutzung der heimischen Ressource Holz ausdrücklich. Deshalb lehnen wir auch weitere Waldstilllegungen ab, da diese zu noch mehr Importen aus fragwürdigen Quellen führen würde. Zur Erreichung des Klimaschutzziels der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen ist dem Cluster Holz und Forst ein hoher Stellenwert einzuräumen. Es darf keine Festlegung eines



Forstreferenzwertes im Sinne einer „Deckelung“ der Holzernte geben. Dem hohen Potenzial der CO<sub>2</sub>-Senkung des Clusters Wald, Forst und Holzwirtschaft soll Rechnung getragen werden.

## **LINKE**

Über eine nachhaltige, naturgemäße Forstwirtschaft hinaus, müssen wir auch „ein besseres Holzrecycling aufbauen, Gebrauchtholz kann mehrfach wiederverwendet werden, bevor es zur Energienutzung verbrannt wird“, [Landtagswahlprogramm 2018] Holz ist ein zu wichtiger und ökologisch zu wertvoll Rohstoff, um es nach einmaliger Nutzung, bestenfalls als Energieträger zu verbrennen.

## **SPD**

Bei der Forderung nach dem Einsatz von Elektro- und Hybridfahrzeugen als Dienstwagen will die SPD sogar noch einen Schritt weitergehen. Wir wollen, dass Waldarbeiter nicht mehr auf ihre Privatfahrzeuge zwingend angewiesen sind, um ihre Einsatzorte zu erreichen.

Der Wald gehört untrennbar zur Identität Hessens. Uns Menschen dient er als Ort der Erholung, des Sports und der Freude an der Natur. Deshalb wollen wir einen Wald der Bürgerinnen und Bürger. Aber der Wald dient auch als unverzichtbarer und nachhaltiger Rohstofflieferant und ist einer der wichtigsten Arbeitsfaktoren. Mit bundesweit 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 185.000 Betrieben arbeiten mehr Menschen im Holz- und Forstsektor, als in der Automobilindustrie.

## **Sollten wir die AfD auch anschreiben?**

Im Folgenden findet sich die e-mail-Diskussion zum Thema wieder.

- ich würde die AfD nicht anschreiben.
- Ich würde der AfD kein Forum bieten wollen und sie nicht anschreiben.
- Ich bin dagegen, die AfD mit einzubeziehen.  
Dass unsere Ansichten denen der AfD widersprechen kann jeder sehen, dazu brauchen wir keinen direkten Kontakt.
- die politische Auseinandersetzung mit diesen Dumpfbacken kann nicht über den Austausch von fachlichen Positionen laufen. Hier würden wir dieser Partei eventuell nur ein Forum bieten, ihre kruden Vorstellungen zu präsentieren. Ich bin strikt dagegen diese Klimakatastrophenleugner noch durch Einbeziehung in unsere fachliche Diskussion aufzuwerten!



- Ich meine, man sollte der AfD-Geschäftsstelle unseren Fragenkatalog mit der Bitte um Stellungnahme vorlegen.
- Falls ein Gewerkschafter AfD wählt, ist das schon merkwürdig genug. Das kann aber kein Grund sein, den rechten Rand der Parteienlandschaft noch gesellschaftsfähiger zu machen, als er für manche erschreckenderweise eh schon ist. Gegen Rechts!
- Das ist eine emotionale Sichtweise aus einer anderen politischen Haltung. Wenn eine Partei verfassungskonform ist und ca. 15 % der Bürger diese Partei wählen, halte ich es für politisch unklug diese Partei nicht die Chance zu geben sich zu äußern. Wir sollten Wissen, was diese Leute denken. Auch 15 % der Forstbediensteten und sogar Gewerkschaftler wählen diese Partei. Bei der LINKEN haben wir uns diese Frage nicht gestellt, weil sie unseren Vorstellungen näher ist als der rechte Rand.

Das Ausgrenzen der AfD aus einem demokratischen Diskurs hat die AfD bis jetzt stark gemacht, weil die AfD ihre plakativen Meinung ohne Lösungsansätze einfach reflexartig darstellt (einfache Antworten auf komplexe Probleme). Die Partei hat in vielen Punkten kein Programm, das über das Migrationsthema hinausgeht und das kann man auch gut darstellen.

Auch sollte man realisieren, dass es in Deutschland des Jahres 2018 für Menschen mit rechtem Gedankengut wieder möglich ist ihre Positionen öffentlich zu äußern. Durch Weggucken oder Ignorieren wird das Problem sich nicht lösen lassen. Und Parolen helfen da auch nicht!

- Die IG BAU hat im Rahmen ihres letzten Gewerkschaftstages einstimmig beschlossen, dass die Ziele der AfD unvereinbar mit den Zielen der IG BAU sind. Wer einen Blick ins Wahlprogramm der AfD Hessen wirft, wird feststellen, dass es nicht eine Antwort auf die ökologischen und sozialen Probleme unserer Zeit gibt. Beispielsweise wird der Klimawandel bestritten; soziale Sicherungssysteme sollen abgeschafft werden, der Staat soll sich komplett aus dem Wohnungsbau zurück ziehen...

In Hanau wurde vor kurzem von der AfD eine Kundgebung massiv gestört. Der DGB-Sekretärin Ulrike Eiffler wollte man das Mikrofon aus der Hand reißen. Ein Kollege von der IG Metall wurde von hinten angegriffen und bis zur Ohnmacht gewürgt. Das sind direkte Folgen einer schrecklichen Verbalradikalität, die von den hessischen AfD – Spitzenkandidaten ausging. Dieser Fall hatte eine bundesweite Empörung ausgelöst.

Dazu direkt haben Thorsten-Schäfer Gümbel (SPD), Janine Wissler (die Linke) und Tarek Al Wazir (Grüne) am letzten Sonntag im Rahmen einer Kundgebung in Wiesbaden gemeinsam Stellung genommen.

Wenn Gewerkschafter nicht nur verbal sondern auch körperlich angegriffen werden, sind rote Linien weit überschritten worden.

Ich bitte euch dieser offensichtlich rassistischen Organisation keine Plattform zu bieten. Dies würde keine DGB-Gewerkschaft in Hessen mehr verstehen.

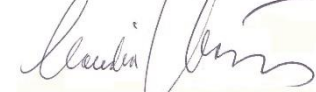
- Ich teile die oben aufgeführte Meinung und Deine Befürchtung. Ich kann die Intention eines Schreibens auch nicht so richtig nachvollziehen. Was macht man mit einer Antwort? Sich distanzieren? Ich finde jede Aktion setzt uns unter unnötigen Zugzwang. Andere Meinungen zulassen, alles gut und schön. Aber die AfD nicht um eine Stellungnahme zu bitten ist m. E. das klarere Statement. Intoleranz sollte man keinen Raum bieten.



- So sehr wir es bedauern, dass es diese Partei nicht nur gibt, sondern dass sie legitimiert ist, zur Landtagswahl anzutreten, dürfen wir als Gewerkschaft nicht so tun, als gäbe es sie und ihre schlimmen gesellschafts- und umweltpolitischen Ziele nicht.  
Gerade weil wir die bekannten Ziele der AfD **nicht** teilen, müssen wir uns der Auseinandersetzung stellen, müssen wir unseren Teil dazu beitragen, dass deutlich wird, wohin diese Partei die Gesellschaft führen will. Ich sehe darin weder eine Verletzung des Beschlusses des Gewerkschaftstages, noch ein Forum für die AfD in deren Sinne.  
In wenigen Wochen wird diese Partei Abgeordnete des Hessischen Landtags stellen, das ist schlimm, aber angesichts vieler Menschen, die nur ihre Partikularinteressen vor Augen haben und denen die Zukunft des Landes egal ist oder sie es schlicht nicht besser wissen, unausweichlich. Diese Zahl von Abgeordneten so klein wie möglich zu halten, muss unser Ziel sein. Der Kopf im Sand und die geballte Faust in der Tasche, helfen da wenig. Wir müssen auf die Gefahren hinweisen und Alternativen deutlich machen!  
Fachbezogen sollten wir insbesondere auf den geleugneten Klimawandel und die bedrohte soziale Sicherung eingehen.
- Menschen, die aus Politikverdrossenheit die AfD wählen, bekommt man vermutlich auch mit einer solchen Aktion nicht umgestimmt.

Wir hoffen, dass wir Euch/Ihnen hiermit eine Entscheidungshilfe für die Wahl liefern konnten.

Mit kollegialen Grüßen  
für die Landesvertretung Hessen



(Claudia Mävers, Landesvorsitzende)

---

Herausgeber: IG Bauen-Agrar-Umwelt, Bundesvorstand VB III, Olof-Palme-Straße 19, 60439 Frankfurt am Main, Landesvertretung Hessen der Beamtinnen/Beamten und Angestellten in Forst und Naturschutz, Vorsitzende: Claudia Mävers, Neugarten 4, 35315 Homberg (Ohm) Tel.: 06633-642102, Fax: 06633-642103 mail: claudia.maevers@forst.hessen.de

